

**Mitgliederversammlung der Bayerischen Chemieverbände
am Mittwoch, den 17. Juli 2013,**

**Bericht des Vorsitzenden der Bayerischen Chemieverbände
Herrn Dr. Günter von Au**

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
verehrte Gäste,

ich eröffne den Vortragsteil der diesjährigen Mitgliederversammlung der Bayerischen Chemieverbände und begrüße Sie sehr herzlich.

Zunächst darf ich in unserem Kreise unseren diesjährigen Gastredner,

den am 11.03.2013 neu gewählten Präsidenten
der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft,
Herrn Alfred Gaffal,

herzlich begrüßen. Er wird über das Thema

„Agenda 2020“

zu uns sprechen.

Gestatten Sie mir nun, verehrte Gäste, dass ich einige Persönlichkeiten namentlich begrüße.

Ich heiße herzlich willkommen:

- Herrn Johannes Singhammer, Mitglied des Bundestages und stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion
- Herrn Staatsminister a.D. und Mitglied des Landtages, Dr. Thomas Goppel
- sowie Herrn Konrad Kobler, Mitglied des Landtages.

Herzlich begrüßen möchte ich auch

- Herrn Ministerialdirektor Dr. Hans Schleicher, Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
- und Herrn Claus Kumutat, Leitender Ministerialrat und Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt

Ich begrüße, stellvertretend für alle Repräsentanten von Wissenschaft und Lehre,

- Herrn Prof. Dr. Rolf Huisgen, emeritierter Ordinarius für Chemie an der LMU, sowie
- Herrn Prof. Dr. Heinrich Nöth, Präsident a.D. der Akademie der Wissenschaften.

sowie die Vertreter der Gerichtsbarkeit,

- Herrn Dieter Möller, Vizepräsident des Landesarbeitsgerichts München
- und Herrn Axel Breinlinger, Richter am Bundesarbeitsgericht Erfurt.
- Herrn Peter Mayer, Präsident a.D. des Landesarbeitsgerichts München

Ein herzliches Willkommen auch an

- Herrn Wolfgang Goos, Hauptgeschäftsführer des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie, Wiesbaden
- Frau Dr. Martina Ludwig, Geschäftsführerin beim Verband der Chemischen Industrie, Frankfurt, sowie
- Herrn Stefan Albat, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw).

Zahlreiche Repräsentanten der Verbände und Organisationen haben unserer Einladung Folge geleistet.

Ich begrüße die Vertreter der Gewerkschaften und die Mitglieder der Sprecher-Ausschüsse und der Betriebsräte aus unseren bayerischen Chemie-Unternehmen, sowie die Vertreter von Presse und Rundfunk.

Ein besonders herzliches Willkommen auch unserem Ehrenmitglied und Ältestenratsvorsitzenden,

- Herrn Prof. Dr. Wilhelm Simson, unserem Ehrenmitglied und Mitglied des Ältestenrates,
 - Herrn Dr. Hans Seidl,
- sowie allen weiteren Mitgliedern unseres Ältestenrates.

Meine Damen und Herren, zunächst habe ich die ehrenvolle Aufgabe einer **Preisverleihung**, und zwar die **Siegerehrung des Wettbewerbs „Responsible Care“**.

Der Verband der Chemischen Industrie hat schon vor längerem einen **Wettbewerb „Responsible Care“** ins Leben gerufen, den die Bayerischen Chemieverbände mit umgesetzt haben. In diesem Jahr lief der gesamte Wettbewerb unter dem **Motto: „Wir haben gute Ideen zur betrieblichen Aus- und Weiterbildung für Umweltschutz und Nachhaltigkeit“**.

Responsible Care ist eine Initiative, die es sich seitens der chemischen Industrie seit 1985 zum Ziel gesetzt hat, Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung zu leisten. In unseren Unternehmen gehören Arbeitssicherheit, Gesundheits- und Umweltschutz zu den Selbstverständlichkeiten einer permanenten betrieblichen Tagespolitik.

Sieger des diesjährigen Wettbewerbs wurde das **Projekt:**

**„Mitarbeitermotivation für umweltbewusstes Verhalten
vermittelt durch E-Learning“,
von der Firma **CABB GmbH, Gersthofen****

Bevor ich unserem heutigen Gastredner, Herrn Gaffal, das Wort übergebe, würde ich gerne die Gelegenheit nutzen, ein paar eigene Worte an Sie zu richten.

Meine Damen und Herren,

wir hören von allen Seiten, dass es Deutschland zurzeit sehr gut geht und Bayern erst recht. Wir haben in Bayern einen ausgeglichenen Haushalt und wenn man unserem bayerischen Finanzminister Markus Söder glauben darf, auch eine gute Chance, unsere Verschuldung in absehbarer Zeit komplett abzubauen. Wir haben also ein ordentliches Steueraufkommen und folglich wohl insgesamt eine gute Ertragslage der Unternehmen.

Wenn man nach Gründen für diese Besserstellung im europäischen Vergleich sucht, stößt man schnell auf zwei Punkte:

1. auf die Reformen unter der Agenda 2010 und
2. auf den hohen Anteil an produzierender Industrie in Deutschland.

Ich möchte hier nicht zu weit in die Tiefe gehen. Aber Deutschland ist ein Industrieland. Und wenn es der Industrie gut geht, geht es uns allen gut. Denn eine Gewinn erwirtschaftende Industrie ist in Deutschland der Wohlfahrtsfaktor schlechthin.

In der politischen Diskussion und der öffentlichen Meinung muss dieses Verständnis wieder stärker etabliert werden.

Dies bedeutet nicht, dass nicht auch ökologische, gesellschafts- und finanzpolitische Ziele verfolgt werden sollen – ganz im Gegenteil. Nur das Geld für die Verfolgung dieser Ziele kommt aus der Wirtschaft. Die Erreichung dieser Ziele ist leichter, wenn sie gemeinsam mit der Industrie, nicht gegen sie verfolgt werden.

Die Industrie ist gewissermaßen der Motor, der das gesamte Wirtschaftsleben antreibt. Wir können viele Veränderungen herbeiführen, aber wir sollten darauf achten, dass dieser Motor nicht abstirbt oder an Leistung verliert.

Leider ist aber gerade das der Fall. Wir erleben eine Abwanderung der Industrie in andere Länder mit besseren Standortfaktoren.

Laut dem Institut der deutschen Wirtschaft, dem IW, liegt die Re-Investitionsquote der energieintensiven Industrien seit 2000 bei nur 85 %. Seit über zehn Jahren wird viel weniger in Deutschland investiert, als zum Substanzerhalt nötig wäre. Investitionsentscheidungen fallen offensichtlich immer mehr gegen Deutschland und Bayern.

Der Hauptstabilitätsfaktor für unsere Volkswirtschaft wird also immer schwächer und das ist besorgniserregend.

Meine Damen und Herren,

nach den vergleichsweise guten Jahren 2010 und 2011 kann man von einem eher schwachen Jahr 2012 sprechen.

Die chemische und die pharmazeutische Industrie zusammengenommen blieben in Bayern mit 16,7 Mrd. € um 0,3 % unter Vorjahresniveau.

Auf Bundesebene stieg die Beschäftigung um 1,3 % auf 434.300.

Die Beschäftigung in Bayern stieg um 2,2 % auf 57.400.

Der Start in das neue Jahr 2013 verlief mäßig. Wir verzeichnen im 1. Quartal in Bayern Rückgänge beim Umsatz um 5,3%.

Die Umsatzentwicklung gibt Anlass zur Sorge. Chemie war auch immer ein Frühindikator für andere Branchen.

Falls Sie weiteren Informationsbedarf zu den wirtschaftlichen Zahlen haben, darf ich auf unseren Leporello und die Pressemitteilung verweisen.

Meine Damen und Herren,

schon seit geraumer Zeit setzt sich die chemische Industrie für Nachhaltigkeit ein. 1991 begann es mit der weltweiten Initiative „Responsible Care“.

Mit der großen Nachhaltigkeitsinitiative „Chemie hoch 3“ sieht man, wie ernst der Branche das Thema ist und wie konsequent sie diese Idee verfolgt. „Chemie hoch 3“ ist eine gemeinsame Initiative des Wirtschaftsverbandes VCI, der Gewerkschaft IG BCE sowie des Arbeitgeberverbandes BAVC – allein das ist bemerkenswert – die Leitlinien für unsere Mitgliedsfirmen erarbeitet hat, die zu mehr Nachhaltigkeit führen werden.

Ich möchte auf einen ganz wichtigen Aspekt abheben: Nachhaltigkeit bedeutet natürlich Umweltschutz! Nachhaltigkeit umfasst aber mehr, nämlich neben ökologischen auch soziale und vor allem auch ökonomische Aspekte.

Man kann Klimaschutz betreiben, in dem man auf erneuerbare Energien umstellt. Wenn das aber dazu führt, dass Industriezweige verschwinden, Arbeitsplätze und Know-how verloren gehen, dann ist es trotzdem nicht nachhaltig.

Auch und gerade ökologische und soziale Ziele sollten wir stärker mit statt gegen die Unternehmen in Deutschland und Bayern verfolgen. Nur, wenn die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit ausgewogen sind, ist es nachhaltig und langfristig erfolgreich.

Meine Damen und Herren,

derzeit entwickeln sich die Standortfaktoren in Deutschland und Bayern für energieintensive Branchen wie die chemische Industrie definitiv in die falsche Richtung. Man sieht es auch an der vorhin erwähnten Abwanderung.

Neben dem Fachkräftemangel, den steigenden Arbeitskosten und einer stetig zunehmenden Bürokratie sind es vor allem die Energiekosten, die unserer Branche schwer zu schaffen machen.

Was derzeit unter dem Titel „Energiewende“ passiert, beinhaltet hohe Risiken.

Staatlich gesteuert steigen die Kosten für Strom, obwohl wir bereits heute auf Platz 3 der Welt-rangliste der Strompreise für die Industrie stehen. Wir bauen zusätzliche Kraftanlagen für „er-neuerbaren Strom“, obwohl wir schon heute an sonnen- und windreichen Tagen mehr als nötig produzieren und gleichzeitig nicht genügend Leitungskapazität haben. Vergütet wird in jedem Fall. Für die Zeiten dunkler Flaute brauchen wir weiter konventionelle Kraftwerke, die sich aber nicht mehr rentieren, weil sie zu selten gebraucht werden. Das ist auch der Grund, warum keine neuen gebaut werden, obwohl wir durch den Atomausstieg in einen Versorgungseingpass kommen können.

Die Netzeingriffe steigen kontinuierlich.

2003 waren es noch etwa 3,

2012 waren es 1.200 Netzeingriffe – mit in 2013 weiter steigender Tendenz. Das Risiko eines Strom-Blackouts steigt.

Diese Situation kostet uns ca. eine Billion Euro, wie Minister Altmaier feststellt, also etwa das 1,5-fache des gesamten Steueraufkommens in Deutschland pro Jahr oder die Hälfte der deut-schen Staatsschulden. Unsere Volkswirtschaft muss diesen Betrag verdienen, nur weil es so entschieden wurde. Dahinter steht keine reale Notwendigkeit, vor allem weil ein nationaler Al-leingang keinesfalls zu den angestrebten Zielen höhere Sicherheit vor Atomunfällen, Reduktion der CO₂-Emissionen, Ressourcenschonung und gleichzeitig akzeptablen Energiekosten führen kann.

Rechnen Sie eine Billion Euro bitte einmal um in Kita- und Kindergartenplätze, Lehrerstellen oder in dringend nötige Infrastrukturprojekte.

Bei dieser Summe ist nicht verwunderlich, dass ein großer Streit über die Verteilung der Kosten entsteht – obwohl meines Erachtens zunächst die Vermeidung zusätzlicher Kosten im Vorder-grund stehen sollte.

Und wo so viel Geld bewegt wird, wäre ein verlässlicher Rahmen – Investitionssicherheit – angebracht.

Wenn wir jetzt eine Gerechtigkeitsdiskussion starten, dann bitte sollten wir unterscheiden zwischen gerecht empfundenen Vorschlägen und den zu erwartenden Effekten.

Wenn wir unseren Unternehmen Energiekosten zumuten, die im internationalen Vergleich viel höher sind, dann müssen wir uns nicht wundern, wenn es weniger Unternehmen mit weniger Arbeitsplätzen, weniger Gewinnen und weniger Steuern werden. Das ist nicht gut, selbst wenn die Maßnahme zu mehr gefühlter Gerechtigkeit führt.

Möglicherweise droht uns jetzt auch noch ein Beihilfeverfahren aus Brüssel, das die EEG-Umlagebefreiung als wettbewerbsverzerrende Besserstellung betrachtet, obwohl sie eigentlich für Chancengleichheit sorgen sollte. Die Folgen wären verheerend für die energieintensiven Branchen und damit für die gesamte Industrie.

Und nochmal: Die Industrie ist der eigentliche Motor für die gesamte Volkswirtschaft und damit für unseren Wohlstand.

Ich will es auf den Punkt bringen: Es ist tatsächlich gerecht, die Industriestrompreise wettbewerbsfähig zu halten, denn dadurch wird das Wirtschaftssystem als solches stabilisiert und Arbeitsplätze bleiben erhalten.

Dass das EEG novellierungsbedürftig ist, ist selbst von der Bundeskanzlerin zu hören.

Daneben gibt es noch andere Hebel: Steuern und Abgaben machen bereits 50 % der Strompreise aus.

Noch besser freilich wäre es, die Kosten von Haus aus gering zu halten.

Meine Damen und Herren,

wir brauchen wieder eine nachhaltige Industriepolitik, die alle Belange der Gesellschaft berücksichtigt: Seien es Klimaziele, Atomausstieg, Ressourcenknappheit oder Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und Wohlstand.

Gute Rahmenbedingungen für eine funktionierende, wertschaffende Industrie sind eine Notwendigkeit.

Wir brauchen wieder mehr „Wertschätzung für Wertschöpfung“.

Wenn sich dieses Verständnis wieder stärker durchsetzt, haben wir in Deutschland und vor allem in Bayern sicher die besten Voraussetzungen für eine gute Zukunft.

Der Weg dorthin sollte aber sicher nicht ungeplant sein, sondern mit mehr Ratio und vor allem nach den Regeln der Sozialen Marktwirtschaft beschriftet werden.

Statt „Ratio“ könnte man sicher auch sagen mit einer guten „Agenda“.

Deshalb freue ich mich besonders, Ihnen jetzt unseren Gastredner, Herrn **Alfred Gaffal**, ankündigen zu dürfen.

Herr Gaffal, Jahrgang 1947, verheiratet und Vater von 3 Kindern, wurde – wie schon einleitend erwähnt – im März 2013 (als Nachfolger von Herrn Prof. Rodenstock) zum neuen Präsidenten der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) gewählt.

Er ist zugleich auch Präsident des Bayerischen Unternehmensverbandes Metall und Elektro (bayme) sowie des Verbandes der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie (vbm).

Herr Gaffal ist seit 2011 Vorsitzender des Aufsichtsrates der Wolf GmbH, einem führenden Hersteller von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und Solartechnik. Bis 2011 hatte Herr Gaffal das Unternehmen als Vorsitzender der Geschäftsführung lange Jahre geleitet und zum Erfolg geführt. Zugleich war er von 2006 bis 2011 Mitglied des Vorstandes der Centrotec AG, der Muttergesellschaft der Wolf GmbH. Die Wolf GmbH hat im Jahr 2012 mit 1.700 Mitarbeitern, davon 1.400 in Deutschland, einen Umsatz von 350 Millionen Euro erwirtschaftet und liefert ihre Produkte in 57 Länder.

Herr Gaffal wird nun einen Vortrag halten mit dem Titel "**Agenda 2020**" und wir freuen uns alle auf seine Ausführungen.

Herr Gaffal, Sie haben das Wort.

Herzlichen Dank!
